19/E XXV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 29. April 2014

betreffend Harmful Practices based on Tradition, Culture, Religion or Superstition

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres, die Bundesministerin für Frauen und Bildung und der Bundesminister für Gesundheit, wird aufgefordert, den Kampf gegen schädliche Praktiken, die auf Tradition, Kultur, Religion oder Aberglauben basieren, wie z.B. weibliche Genitalverstümmelung, Kinderehe und die Ausbeutung und Misshandlung von Mädchen und Frauen, auf allen Ebenen mit Nachdruck zu unterstützen. Darüber hinaus wird der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres aufgefordert, sich im Namen Österreichs im sogenannten „Post-2015-Prozess“ zur Weiterentwicklung der Millenniumsziele der UNO dafür einzusetzen, dass Kinder- und Zwangsehen weltweit verboten werden, und dass jede Form von geschlechtsbezogener Gewalt strikt bekämpft wird. Zudem soll die Bundesregierung den finanziellen Versprechungen zu den Millenniumszielen, insbesondere zum Millenniumsziel Nummer 5 – Reduzierung der Müttersterblichkeit um mindestens 75% – im Rahmen ihrer budgetären Möglichkeiten bis 2015 nachkommen.